

Jetzt handeln: Thüringen zum Klimaschutzland machen!

Beschluss der Landesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen

25. + 26. November 2016 in Bad Langensalza

In Paris haben sich im vergangenen Herbst die Staaten dieser Welt nach langem Ringen für eine Begrenzung der Erderwärmung auf maximal 1,5 Grad und nationale Zielsetzungen zum Klimaschutz verständigt. Wissenschaftler, Umweltaktivisten und NGOs hatten zuvor mit politischen Entscheidungsträgern um jeden Halbsatz im Abschlusskommuniqué verhandelt. Strittig bis zum Schluss waren neben der generellen Einigung auf die Reduzierung der CO₂-Werte vor allem die notwendigen Schritte, auf die sich sowohl die westlichen Industrieländer als auch die Schwellenländer zur Erreichung der vereinbarten Zielmarken verpflichten sollten.

Inzwischen haben sowohl ein Großteil der am Abkommen beteiligten Länder als auch das EU-Parlament das Papier ratifiziert. Auch der deutsche Bundestag hat dem Abkommen zugestimmt. Der nationale Klimaschutzplan, den Umweltministerin Barbara Hendricks nun vorgelegt hat, bleibt aber weit hinter allen Erwartungen zurück. Vor allem das Wirtschafts- und Energieministerium bremst, indem es sich hinter die Kohle- und Automobilindustrie stellt und damit die ökologische Transformation dieser wichtigen Wirtschaftszweige verhindert.

Die mit der EEG-Novelle 2017 beschlossenen Ausschreibungen, die an den Interessen der großen Stromkonzerne und Netzbetreiber orientiert sind, nehmen kleine Akteure gezielt aus dem Markt und verhindern damit echten Wettbewerb im Energiesektor. Deutschland hat seinen Platz als Vorreiter in der Energie- und Klimapolitik bereits verloren und riesige wirtschaftliche Chancen verspielt. Der Beitrag Deutschlands zum Erreichen ambitionierter Klimaschutzziele muss ein umgehender Ausstieg aus der Atomkraft, der Kohleausstieg bis spätestens 2025, die Abschaffung der Sonnensteuer und ein konsequent vom 100%-Ziel gedachtes Strommarktdesign mit echten Vermarktungswegen für Grünstrom sein. Wir brauchen auf Bundesebene dringend einen Paradigmenwechsel hin zu einer klimaneutralen Wirtschaftspolitik, die die Interessen nachfolgender Generationen höher bewertet, als Konzerngewinne in veränderungsunwilligen Branchen!

Neben der Bundesregierung als wesentlichem Gesetzgeber in diesem Bereich sind auch die Bundesländer in der Verantwortung mit Klimaschutzplänen Rahmenbedingungen für die Reduzierung klimaschädlicher Abgase und einen Umbau des Energiesektors zu definieren. Wir fordern die rot-rot-grüne Landesregierung in Thüringen auf, hier mit ambitionierten Zielen und durchdachten Maßnahmenpaketen weiter eine Vorreiterrolle in der Bundesrepublik einzunehmen.

Raus aus fossilen Energieträgern - Versorgung aus regenerativen Energiequellen vorantreiben

Die in Paris vereinbarten Klimaschutzziele sind nur durch den Dreiklang aus Energieeinsparung, Steigerung der Effizienz und Umstellung unserer Energieerzeugung auf erneuerbare Quellen zu erreichen. In Thüringen wird weder Kohle gefördert, noch werden hier Atommeiler betrieben. Dennoch sind wir noch weit entfernt von unserem auch im Koalitionsvertrag vereinbarten Ziel, Thüringen spätestens 2040 bilanziell ausschließlich aus regenerativen Energiequellen zu versorgen.

Die Dekarbonisierung, also die Abkehr der Energiewirtschaft von der Nutzung fossiler Energieträger, kann einen wesentlichen und sehr wirksamen Beitrag zur Begrenzung des Klimawandels leisten. Spätestens seit dem Stern-Report vor zehn Jahren wissen wir, dass dies auch ökonomisch sinnvoll und preiswert machbar ist.

Um hier voranzukommen fordern wir von der Landesregierung die Festlegung verbindlicher Minderungsziele für den Ausstoß klimaschädlicher Gase: Die Treibhausgasemissionen in Thüringen sollen sich im Vergleich zu 1995 bis zum Jahr 2030 um mindestens 50 %, bis zum Jahr 2040 um mindestens 70 % und bis zum Jahr 2050 um mindestens 90 % verringern.

Um neben ökologischen Aspekten auch Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit zu garantieren brauchen wir einen tragfähigen Mix aus erneuerbaren Energiequellen. Der Ausbau der Windkraft auf mindestens 1% der Landesfläche wird von der Landesregierung durch den Windkrafterlass nun mit den Landkreisen und regionalen Planungsgemeinschaften vorangetrieben. In einem gut moderierten Prozess mit den beteiligten Kommunen, Bürgerinnen und Bürgern soll der Naturschutz selbstverständlicher Bestandteil sein.

Wir brauchen den Schritt von der Förderung einzelner Solaranlagen hin zur solaren Gesellschaft. Jedes Gebäude, jeder Verkehrsweg und jede alte Mülldeponie muss in Zukunft systematisch auf seine oder ihre Nutzbarkeit geprüft werden. Denn dezentraler, als auf dem Dach oder dem Hinterhof der Nutzer die benötigte Energie zu erzeugen, geht es nicht. Dies gilt für Strom und Wärme.

Das von der Landesregierung aufgelegte Förderprogramm SolarInvest, das den Eigenverbrauch von Photovoltaikstrom erhöhen soll, die Nutzung von Solarwärme für Nahwärmenetze anregt und die Einführung von Mieterstrommodellen beinhaltet, begrüßen wir sehr. Wenn die Bundesregierung die Rahmenbedingungen dafür schafft, profitieren auch Mieter so von der Erzeugung regenerativer Energien. Das Programm sollte engmaschig auf seine Wirkung hin überprüft und im Bedarfsfall nachjustiert werden.

Gemeinsam mit Universitäten und Forschungseinrichtungen wollen wir Thüringen zu einem Land der Speichertechnologien machen. Der Einsatz von Speichern in kleinen und mittleren Unternehmen, aber auch in Privathaushalten ermöglicht die Flexibilisierung des Energiebezugs. Damit wird der Energiebezug aus öffentlichen Stromnetzen reduziert und die Netze deutlich

entlastet. Mit einem "Effizienzbonus" soll das Land auch in Privathaushalten den Einsatz innovativer Heiz- und Speicher-Systeme mit Energiemanagementsystemen fördern. Voraussetzung für eine solche Förderung sollte bei Sanierungen das Unterschreiten des EnEV-Standards um mindestens 40% sein und bei Neubauten die Erreichung von CO₂-Neutralität.

Bestehende Pumpspeicherwerke sollten effizienter eingesetzt werden. Der Neubau von Pumpspeicherwerken ist durch die ungünstigen Rahmenbedingungen des Bundes (EEG) derzeit unwirtschaftlich und kann durch die langen Bauzeiten in den nächsten 10 Jahren keinen zusätzlichen Beitrag für die Energiewende leisten. Falls Unternehmen in Thüringen dennoch neue Anlagen bauen wollen, werden wir das kritisch begleiten.

Bestehende Wasserkraftanlagen wollen wir auf Effizienz und die Erfüllung gewässerökologischer Anforderungen (z.B. Fischtreppen) überprüfen und bei Bedarf die Modernisierung solcher Anlagen unterstützen.

Die Energieerzeugung aus Biomasse sollte nur noch durch Reststoffverwertung wachsen und immer die Kombination von Strom- und Wärmenutzung zur Bedingung haben. Abfälle aus Straßenbegleitgrün, die von Land und Kommunen derzeit noch teuer entsorgt werden müssen, und andere Bio-Siedlungsabfälle sind wertvolle Energieträger, die wir nutzen müssen. Nahrungsmittel sollten nicht zu Biogas verarbeitet werden. Statt auf Maismonokulturen setzen wir auf bunte Fruchtfolgen und Energiepflanzen wie die Durchwachsene Silphie, die mehrjährig ist und mit weniger Düngemiteleinsatz auskommt.

In Zukunft muss jede Bioenergieerzeugung als Ergänzung zu Wind und Sonne betrieben werden. Wir wollen deshalb die Umstellung dieser Anlagen z. B. mit einem Flexibonus so fördern, dass sie dann Strom liefern, wenn dieser aus anderen regenerativen Quellen nicht zur Verfügung steht.

Die Wärme von Biogasanlagen muss grundsätzlich genutzt werden. Dazu müssen die Standorte so gewählt werden, dass Nutzer die entstehende Wärme über Netze zu Verfügung gestellt bekommen. Wo dies nicht möglich ist, muss das Biogas über Leitungen zu den Verbraucher*innen oder veredelt und als reines Methan in das allgemeine Gasnetz eingeleitet werden.

Wesentlicher Bestandteil einer Energiewende ist für uns Bündnisgrüne die dezentrale Energieerzeugung, die neben Bürgerenergiegenossenschaften auch Stadtwerke und Kommunen als Akteure stärker einbindet. Da die Rahmenbedingungen auf Bundesebene dafür momentan eher verschlechtert werden, ist es wichtig, landeseigene Förderprogramme (zum Beispiel SolarInvest) darauf auszurichten, dass diese Protagonisten dezentraler Energieversorgung gestärkt werden. Ein wichtiges Element dafür soll auch das im Koalitionsvertrag bereits beschlossene Bürgerenergieprogramm werden. Darüber hinaus trägt eine dezentral-regional ausgerichtete Energiewende mit Ausnutzung von Flexibilitätsoptionen zur erheblichen Verringerung, ja eventuell sogar zur völligen Vermeidung neuer Hochspannungsleitungen bei.

Wir fordern deshalb:

- Die Festlegung verbindlicher Minderungsziele für den Ausstoß von klimaschädlichen Gasen in einem Klimagesetz.
- den Ausbau der Photovoltaik und der Windkraft (Windkraft auf mindestens 1% der Landesfläche) unter Berücksichtigung des Naturschutzes
- Ein Förderprogramm zur Solarförderung mit Strom- und Wärmeerzeugung mit Mieterstrommodellen und die konsequente Prüfung aller verfügbaren Flächen auf ihre solare Nutzung.
- Einen "Effizienzbonus", der auch in Privathaushalten den Einsatz innovativer Heiz- und Speicher-Systeme mit Energiemanagementsystemen attraktiver macht.
- Den weiteren Ausbau von Energieerzeugung aus Biomasse an Reststoffverwertung, Flexibilität und die konsequente Wärmenutzung zu koppeln.
- Die Stärkung von Bürgerenergiegenossenschaften als wichtigen Protagonisten dezentraler Energieerzeugung und die Auflage eines Bürgerenergieprogramms

Klimaschutz bedeutet Energie einsparen - Wärmeverbrauch reduzieren

Die mit Abstand effizienteste Klimaschutzmaßnahme ist die Vermeidung von unnötigem Energieverbrauch. Vor allem im Wärmesektor ist das Effizienzpotential noch längst nicht ausgeschöpft. Während das Land als Energieerzeuger eher zu vernachlässigen ist, ist es als Inhaber von landeseigenen Immobilien ein einflussreicher Akteur, der darüber hinaus noch eine enorme Vorbildwirkung hat. Deshalb wollen wir die Landesregierung ermutigen hier mit gutem Beispiel voranzugehen und mit einem Klimagesetz weitreichende und nachhaltige Maßnahmen im Bereich der Energieeffizienz anzugehen.

Bis zum Jahr 2030 sollte die Landesverwaltung selbst klimaneutral sein. Im Verwaltungshandeln soll die Landesregierung bei Abwägungs- und Ermessenentscheidungen Gesichtspunkte des Klimaschutzes besonders würdigen. Wir fordern gebäudebezogene Sanierungspläne für landeseigene Immobilien. Für öffentliche Gebäude, Wohngebäude und Nichtwohngebäude, die vor 2005 errichtet wurden, sollen in Etappen ebenfalls gebäudebezogene Sanierungspläne vorgehalten werden. Diese sollen eine Abfolge von wirtschaftlichen Sanierungsschritten beschreiben. Dabei muss das Land die Eigentümer, die für ihr Gebäude einen solchen Sanierungsplan erstellen lassen, unterstützen.

Mit Blick auf die Endlichkeit fossiler Energieträger und die Alternativen, die es im Heizungsbereich bereits gibt, sehen wir Neu-Installationen von Öl- und Erdgasheizungen kritisch. Zur energetischen Sanierung und zum Heizungsaustausch wollen wir, um die Mehrkosten alternativer Wärmeversorger-Anlagen zu kompensieren, in Thüringen attraktive Förderprogramme anbieten. Zu alternativen Wärmeversorger-Anlagen zählen Solarthermieanlagen mit saisonalen Speichern, Biomasse- oder Geothermieheizungen sowie

Elektro- oder Gas-Wärmepumpen. Dabei muss sichergestellt werden, dass der benötigte Strom oder das Gas aus regenerativen Quellen stammt. Die bisherige Förderung von Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) sollte es nur noch geben, wenn die Brennstoffe auf regenerativer Basis wie Biomasse, Power-To-Liquid oder Power-To-Gas basieren.

Im Wärmebereich muss die Gebäudeeffizienz trotz erster Erfolge noch erheblich steigen. Um unsere Ziele zu erreichen brauchen wir eine energetische Sanierungsrate von 3% pro Jahr. Davon sind wir trotz niedriger Zinsen noch immer weit entfernt. Auch die jetzt anlaufende zweite Sanierungswelle muss eine deutliche Verringerung des Kohlendioxidausstoßes als Ziel haben. Dies kann durch die Kombination einer angemessenen Dämmung in Verbindung mit Solarenergie und auf regenerativen Energien basierenden Heizungssystemen erreicht werden. Wir wollen dabei den Einsatz von Biodämmstoffen (z.B. Flachs- und Hanfdämmstoffe) besonders unterstützen, einen Standard für nachhaltiges Bauen definieren und diesen in Thüringer Landesförderprogrammen verankern.

Die Vorbildwirkung und Lenkungsmöglichkeit soll sich in Thüringen auch auf die Landkreise und Kommunen auswirken. Die Landesregierung sollte Gemeinden dabei unterstützen, eigene Wärmepläne zu erarbeiten. Landkreise, kreisfreie Städte und große kreisangehörige Gemeinden sollten darüber hinaus Klimaschutzkonzepte erstellen bzw. diese, wenn schon vorhanden, regelmäßig fortschreiben. Wir fordern die Einstellung von Klimaschutzmanager*innen in Landkreisen und kreisfreien Städte, die bereits jetzt durch Förderprogramme des Bundes weitgehend gegenfinanziert werden können.

Viele Kommunen diskutieren unter Kostenaspekten bereits die Reduzierung von nächtlicher Straßenbeleuchtung. Wir begrüßen diese Entwicklung und fordern ergänzend dazu die Umrüstung aller Straßenbeleuchtungen in Thüringen auf effiziente LED-Beleuchtungstechnik. Das Land sollte Kommunen und Landkreise dabei unterstützen.

Mit Blick auf eine klimaneutrale Quartiersentwicklung fordern wir bei der netzgebundenen Wärmeversorgung verbindliche Regelungen zur Höhe der Treibhausgasemissionen. Eine zügige Umstellung der bisher auf fossilen Energieträgern beruhenden Fernwärme auf regenerative Energieträger (z.B. Solarthermieanlagen, Biomasse, Power-To-Liquid oder Power-To-Gas) halten wir zur Erreichung der Klimaschutzziele für notwendig.

Wir wollen den Energieverbrauch auch in Wirtschafts- und Industriebetrieben senken. Das Landesförderprogramm GreenInvest ist hier ein gutes Instrument, um sowohl in kleinen und mittelständischen Betrieben Energieberatung durch Energieeffizienzexpert*innen zu ermöglichen, als auch die Umsetzung von energetischen Optimierungsmaßnahmen zu unterstützen.

Im Rahmen der Sanierung von Abwasserreinigungsanlagen in Thüringen wollen wir den Stromverbrauch von Kläranlagen senken. Momentan entfallen im Durchschnitt noch 20 Prozent des kommunalen Energieverbrauchs auf Kläranlagen.

Wir fordern deshalb:

- Steigerung der Vorbildwirkung des Landes durch gebäudebezogene Sanierungspläne für landeseigene Immobilien.
- Attraktive Förderprogramme zum Heizungsaustausch um die Mehrkosten regenerativer Wärmeversorger-Anlagen zu kompensieren.
- Die Einführung eines Nachhaltigkeitsstandards für klimafreundliches Bauen.
- Klimaschutzkonzepte in kreisfreien Städten, Landkreisen und großen kreisangehörigen Gemeinden sowie die Einstellung von Klimaschutzmanager*innen.
- Umrüstung aller Straßenbeleuchtungen in Thüringen auf effiziente LED-Beleuchtungstechnik.
- Klimaneutrale Quartiersentwicklung durch verbindliche Regelungen zur Höhe der Treibhausgasemissionen bei der netzgebundenen Wärmeversorgung.
- Die Senkung des Stromverbrauchs von Kläranlagen durch energieeffiziente Sanierung.

Klimaneutral mobil – energetische Verkehrswende einleiten

Durch eine nahezu „uneingeschränkte“ Mobilität sind hohe Mehrfachbelastungen für die Menschen entstanden. Schadstoff- und Lärm-Emissionen, Raum- und Ressourcenkonkurrenz und die Zerstörung intakter Ökosysteme sind bedenklich vorangeschritten. Der Verkehrssektor emittiert derzeit 25 Prozent der klimaschädlichen Gase.

Der Dieselskandal, in den maßgeblich deutsche Automobilkonzerne verwickelt sind, macht deutlich, dass der Traum vom schadstofffreien und klimafreundlichen Verbrennungsmotor eine Lüge war. Die Zeit fossiler Kraftstoffe geht zu Ende.

Aus Thüringen heraus unterstützen wir deshalb die Forderung des Bundesrates, spätestens ab 2030 in der Europäischen Union nur noch emissionsfreie PKW zuzulassen. Wir wollen die Luft frei machen von klimaschädlichen und gesundheitsgefährdenden Gasen und sie wieder unbedenklich atmen können. Treibhausgase sollen in einem erforderlichen Maß reduziert werden, wie es unser Planet braucht. Wir fordern die energetische Verkehrswende in Thüringen!

Das Rückgrat unserer Mobilität ist ein leistungsfähiger Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), der nutzerorientierte und vernetzte Angebote macht. Der Umweltverbund aus ÖPNV, Fahrrad und Fußverkehr stellt die effizienteste Nutzung unserer knappen Ressourcen Raum und Energie sicher. Wir brauchen deshalb eine verbesserte Vernetzung und Verknotung der bestehenden Angebote, insbesondere der Bahn- und Busangebote, die auch Rufbussysteme einbezieht. Dabei dürfen Verwaltungsgrenzen keine Barrierewirkung mehr haben, damit den Nutzer*innen alle ÖPNV-Angebote gleichermaßen zur Verfügung stehen.

Die Landesregierung fordern wir auf, zügig ein ganz Thüringen und alle Verkehrsmittel einbeziehendes Buchungs- und Fahrplaninformationssystem mit einem landesweit geltenden,

einfach handhabbarem Tarifsystem zu etablieren. Verkehrsträgerübergreifende Angebots- und Liniennetzentwicklung soll in EINEM Verkehrsverbund für ganz Thüringen gebündelt werden. Eine moderne, hochattraktive Mobilität soll Ziel der Thüringer Landespolitik sein, dabei soll das Projekt „Thüringen-S-Bahn“ weiter vorangetrieben werden. Bestehende Schienen können genutzt, Haltepunkte ergänzt und das Angebot mit einem Netz an Buslinien des Regionalverkehrs verknüpft werden. Der nutzerorientierte Ausbau von ÖPNV-Angebote schafft für viel mehr Menschen Zugang zu ökologischen Mobilitätsangeboten.

Die Elektromobilität bietet bereits jetzt eine klimaneutrale Alternative zu fossilen Kraftstoffen und ist in Verbindung mit Ökostrom emissionsfreie Mobilität – auch im Individualverkehr. Allerdings erfordert das eine verstärkte Investition in eine öffentlich zugängliche Ladeinfrastruktur, die neben dem Bund ergänzend durch das Land Thüringen finanziell gefördert werden soll, um Elektromobilität flächendeckend attraktiv zu machen. Stadtwerken, Bürgerenergiegesellschaften und Netzbetreibern kommt in diesem Bereich eine besondere Rolle zu, die die Landesregierung noch stärker unterstützen soll, insb. deren Vernetzung und die gemeinsame Bereitstellung von intelligenten Abrechnungsmodellen.

Wir möchten in Thüringen ein Landesprogramm Elektromobilität initiieren, bei dem z.B. die Landesregierung den Ausbau von öffentlich zugänglichen E-Tankstellen weiter unterstützt; Modellprojekte von Kommunen, Firmen und sozialen Trägern begleitet und unterstützt, die ihren Fuhrpark auf Elektromobilität umstellen; Beratungsangebote für Kommunen vorhält, so dass für diese die Anschaffung und Nutzung von E-Bussen aufgrund von schlüssigen betriebswirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Analysen lohnenswert wird.

Wir wollen in der Landes- und Regionalplanung eine klimagerechte Siedlungs- und Verkehrsentwicklung stärken, denn die wenigsten Emission entstehen, wenn wir Wohnen und Arbeiten besser vernetzen und gebündelte Infrastrukturen gut mit dem ÖPNV erreichbar sind.

Ergänzend zum Öffentlichen Nahverkehr sind Menschen im ländlichen Raum Thüringens auch in Zukunft auf individuelle Beförderungsmöglichkeiten angewiesen. Dort ist es eine wichtige Aufgabe, in kleineren und mittleren Städten Mobilitätszentren zu errichten, die die Anbindung an den Nah- und Fernverkehr sicherstellen und als Ausleihstationen für das Teilen von Fahrzeugen fungieren können.

Um überall effiziente und gesunde Mobilität zu erreichen haben B90/DIE GRÜNEN im Landeshaushalt durchgesetzt, dass mindestens zehn Prozent der Mittel des Straßenbaus für die Verbesserung des Radverkehrs eingesetzt werden. Die Kommunen und den Bund fordern wir auf, es uns gleichzutun. So können wir erreichen, dass der Anteil des Radverkehrs an den Wegen auf über 20% steigen kann.

Das Rad wird auch als alltägliches Verkehrsmittel immer wichtiger. Deshalb sollte der Radverkehr in der Verkehrsplanung generell stärker berücksichtigt werden. Projekte in anderen Bundesländern zeigen, dass über den Bau von Radschnellwegen die Nutzung des Rades für den Arbeitsweg verstärkt genutzt werden kann. Eine mögliche Strecke für

ein Radschnellweg in Thüringen wäre entlang der Städtekette. So könnten Pendler aus Erfurt, Weimar, Jena und Umgebung effizienter, schneller und klimafreundlicher mit dem Rad zur Arbeit kommen.

Im innerstädtischen Lieferverkehr wollen wir den Einsatz von elektrisch betriebenen Lastenfahrzeugen und LKW forcieren. Zur Vermeidung der Belastungen der Anwohner*innen ist es unser Ziel, die Innenstädte bis 2025 weitgehend emissionsfrei zu versorgen.

In Städten wächst die Beliebtheit von Car-Sharing-Angeboten, die anstelle eines eigenen Autos genutzt werden. Die Car-Sharing-Lösungen wollen wir auch auf die ländlichen Regionen ausdehnen und fordern die Landesregierung auf, Kommunen und Landkreise zu unterstützen, um Stadt-Umland-verbundene Car-Sharing-Angebote auf Elektromobilitätsbasis auszuweiten.

Auch im Bahnverkehr geht die Zeit des Dieselmotors ihrem Ende entgegen. Im Fernverkehr ist die E-Lok inzwischen Standard. Doch im Gegensatz zur Schweiz, die praktisch 100% ihrer Strecken elektrifiziert hat, sind dies in Thüringen gerade einmal gut die Hälfte. Der Ausbau der Elektrifizierung auf der Schiene muss mit größter Priorität vorangetrieben werden. Weil keine Speichertechnik benötigt wird besteht hier ein wesentlich schneller zu erschließendes Potential als bei den PKW.

Die Elektrifizierung der Mitte-Deutschland-Verbindung ist entscheidend für eine nachhaltige Entwicklung Thüringens hin zum klimaneutralen Verkehr. Die Versorgung Ostthüringens mit Fernverkehrsleistungen wird nur mit Elektroantrieb möglich. Dieser sollte konsequenterweise aus erneuerbaren Quellen stammen. Wir fordern die Landesregierung deshalb auf, weiter alles dafür zu tun, dass die Mitte-Deutschland-Verbindung zwischen Weimar und Gößnitz bis 2023 durchgehend elektrifiziert wird. Nur das ermöglicht ein leistungsstarkes Fernverkehrsangebot für viele Nutzer*innen sowie durchgehenden Güterverkehr. Die durchgehende Elektrifizierung fordern wir ebenso für die Strecken Gotha-Leinefelde, Erfurt-Würzburg, Erfurt-Nordhausen, da deren Neigetechnik-Dieselszüge bald ihr Lebensende erreichen. Alle diese genannten Strecken versorgen den neu in Betrieb gegangenen ICE-Knoten Erfurt, der nur dann für Thüringen als Bundesland ein lohnenswertes Infrastrukturprojekt wird, wenn möglichst viele Fahrgäste aus ganz Thüringen diesen nutzen können.

Wir fordern deshalb die Schaffung von begünstigenden Rahmenbedingungen für:

- Einen leistungsfähigen ÖPNV
- Den Ausbau und die Förderung von ökostrom-basierter Elektromobilität sowie ein Landesprogramm Elektromobilität
- Den Ausbau von Mobilitätszentralen und Car-Sharing-Angeboten im ländlichen Raum
- Die Schaffung fahrrad- und fußverkehrfreundlicher Nahräume
- Berücksichtigung des Radverkehrs in der Verkehrsplanung und Einrichtung eines Radschnellwegs entlang der Städtekette
- Die Umstrukturierung des innerstädtischen Lieferverkehrs auf mehr Elektromobilität
- Den konsequenten Ausbau der Elektrifizierung auf der Schiene

Lebensgrundlagen erhalten - mehr Klimaschutz in der Land- und Forstwirtschaft

Die Landwirtschaft verursacht elf Prozent der gesamten Treibhausgasemissionen in Deutschland. Sie spielt beim Klimaschutz daher eine wichtige Rolle. Den größten Anteil haben Methan (CH₄) und Lachgas (N₂O), welche eine um ein Vielfaches stärkere Klimaschädlichkeit als Kohlenstoffdioxid (CO₂) aufweisen. Diese Treibhausgasemissionen entstehen in der Landwirtschaft vor allem durch die tierische Verdauung, die Ausbringung und Lagerung von Dünger, sowie die intensive Bodennutzung. Darüber hinaus werden durch den landwirtschaftlichen Verkehr erhebliche CO₂-Emissionen freigesetzt. Indirekt trägt auch die Herstellung von Mineraldüngern und Pestiziden, die in der konventionellen Landwirtschaft in großem Maße eingesetzt werden, zur weiteren Freisetzung großer Mengen an Treibhausgasen bei.

Eine Senkung der Treibhausgasemissionen aus der Landwirtschaft um 50 % bis zum Jahr 2030 halten wir für dringend notwendig, um die Klimaschutzziele des Pariser Abkommens einzuhalten.

Wir wollen dazu eine schrittweise Umstellung der Landwirtschaft auf ökologischen Landbau. Wie im Koalitionsvertrag verabredet, halten wir an dem Ziel fest bis 2020 mindestens 10 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche Thüringens ökologisch zu bewirtschaften. Darüber hinaus wollen wir die Rahmenbedingungen schaffen, um eine weitere zügige Erhöhung des Ökoanteils nach 2020 zu erreichen. Denn wissenschaftliche Studien beweisen, dass der Ökolandbau gegenüber dem konventionellen Ackerbau die Emission von Treibhausgasen auf ein Drittel verringert. Die ökologische Bodenbearbeitung schützt den Humus, so dass eine zusätzliche Freisetzung von Kohlendioxid verhindert und die aktive Bindung von Kohlendioxid unterstützt wird. Zusätzlich werden durch den Verzicht auf chemisch-synthetische Pflanzenschutz- und Düngemittel sowie durch einen geringeren Tierbestand bedeutende Beiträge zum Klimaschutz geleistet.

Thüringen sollte zudem die Forschungen zur Effizienzsteigerung im Ökolandbau und den Wissenstransfer intensivieren, um den wichtigen Agrarsektor in Thüringen zukunftsfest zu machen. Wir schlagen den Aufbau eines Kompetenzzentrums Ökolandbau (wie es das zum Beispiel in Niedersachsen bereits gibt) vor, das landwirtschaftliche Betriebe mit Forschungs- und Beratungsangeboten bei der Definition und Umsetzung ihrer Klimaschutzziele unterstützt.

Der Boden ist ein wichtiger Faktor für den Klimaschutz. Unser Ziel ist, bestehende natürliche Kohlenstoffspeicher wie Moore und Dauergrünland langfristig zu erhalten. Wir unterstützen deshalb die Wiedervernässung von Moorflächen. Auch in der konventionellen Landwirtschaft setzen wir uns für eine verstärkte Humusförderung und Kohlenstoffbindung durch die Förderung vielfältiger Fruchtfolgen und schonender Bodenbearbeitung ein.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die weitere wirtschaftliche Verwendung von Gülle als Energieträger in Biogasanlagen ein. Dies muss vor Ort geschehen, um weitere Schäden und Gefahren durch den Transport zu vermeiden. Gülleimporte lehnen wir ab.

Die Forstwirtschaft kann einen zusätzlichen Beitrag zur Erreichung unserer Klimaschutzziele liefern. Wälder sind effiziente Kohlenstoffspeicher und Lieferanten des klimaneutralen Baustoffes Holz. Durch dessen verstärkte Nutzung können die Kohlendioxidsschleudern Beton und Stahl preisgünstig und klimaneutral ersetzt werden.

Wir fordern deshalb:

- Die schrittweise Umstellung der Landwirtschaft auf ökologischen Landbau
- Aufbau eines Kompetenzzentrums Ökolandbau, das landwirtschaftliche Betriebe mit Forschungs- und Beratungsangeboten bei der Definition und Umsetzung ihrer Klimaschutzziele unterstützt
- natürliche Kohlenstoffspeicher wie Moore und Dauergrünland langfristig zu erhalten
- Die verstärkte Förderung der Nutzung von Holz als Baustoff